

KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

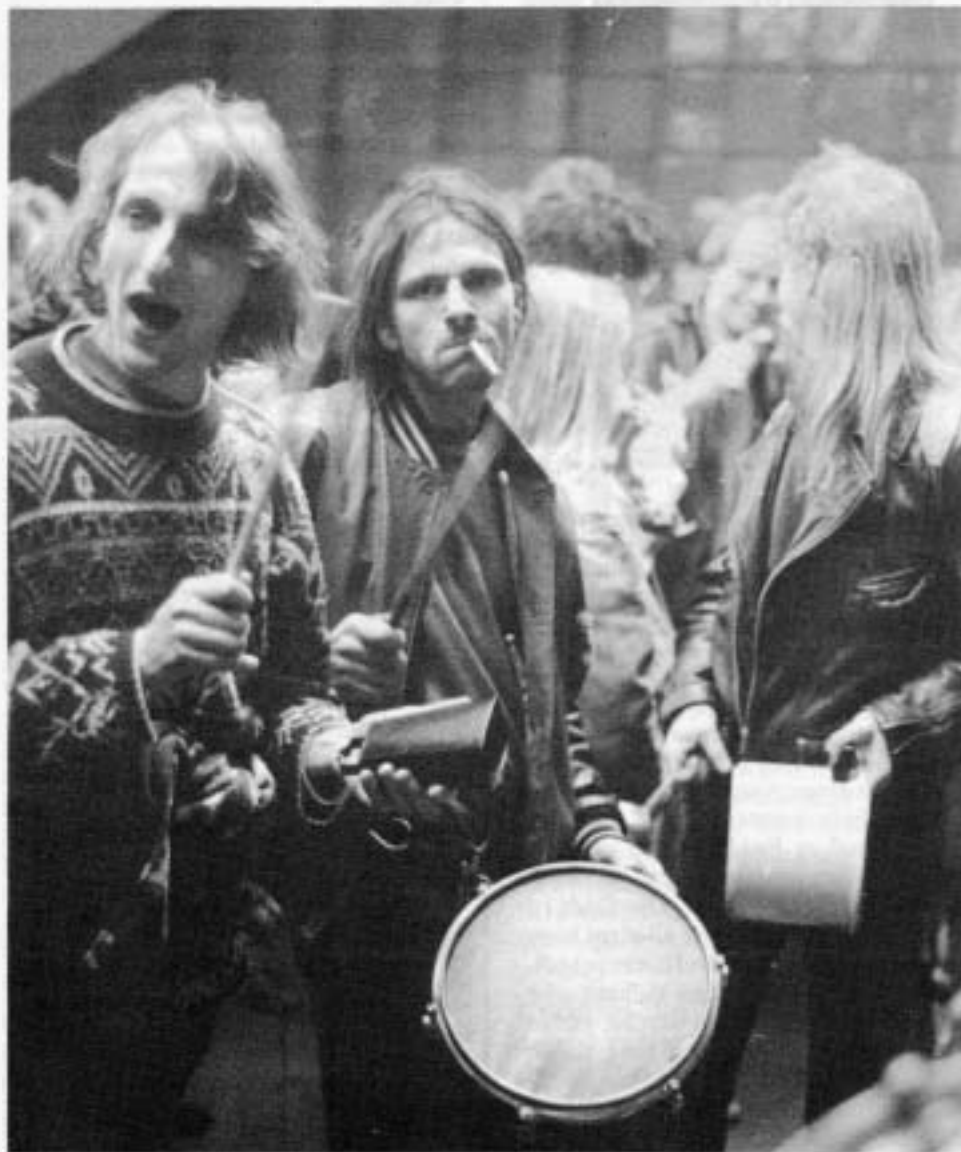
Nr. 128

Wilhelmshaven

Juli 1995

MIT PAUKEN UND TROMPETEN...

...UNTERGEHEN - ODER "VOLLE KRAFT VORAUSS"?
ÜBER DIE ZUKUNFT DER MUSIKINITIATIVE BERICH-
TEN WIR AUF SEITE 15



INHALT:

Was der SPD-Unterbezirksvorsitzende Norbert Schmidt vorm Rat nicht mehr sagen konnte, veröffentlichen wir in einem Gegenwind-Gespräch auf Seite 3

Flügelkämpfe in der SPD - Wieder einmal geht es um den Kaiser. Näheres auf Seite 4

Eine neue Giftscheuler ließ sich die EVC (ehem. ICI) für ihr Werk auf dem Voslapper Groden genehmigen. Was daran stinkt, steht auf Seite 5

Donnernde Motorräder im Kurort? Ob und wie das zusammenpaßt, erfahren Sie ebenfalls auf Seite 5

Über Aktivitäten des Antifaschistischen Bündnisses Wilhelmshaven und daraus resultierende Reaktionen berichten wir auf Seite 6

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance

Ist Bockelmann ein Spielverderber? Was nach unserer Meinung im Kopfe eines WZ-Redakteurs angesichts des vorzeitigen Weggangs des Landesbühnen-Intendanten Thomas Bockelmann vorging, verraten wir Ihnen auf Seite 7

Helfersyndrom oder Nächstenliebe? Zwei Gegenwind-Gespräche zur Unterbringungssituation in der Gökerstraße 109 -Seite 10-

NACHRICHTEN

VERTAN

hat der Jugendhilfeausschuß in seiner Mai-Sitzung die Chance, einen schönen Batzen Personalkosten zu sparen. Bis vor einiger Zeit gab es in der Jugendfreizeitstätte Krähenbusch eine Stelle für einen Zivildienstleistenden. Sofern ein an der Jugendarbeit interessierter und engagierter "Zivi" diese Stelle innehat, ist es auch sinnvoll, sie zu besetzen. Allerdings bekommt die Stadt einen "Zivi" nicht ganz kostenlos: ein Eigenanteil von 5200 DM ist dafür zu entrichten - ein lächerlicher Betrag im Vergleich zu den ca. 50000 DM, die eine "richtige" Arbeitskraft kosten würde. Nun ist laut Niedersächsischer Gemeindeordnung so etwas eine freiwillige Ausgabe, und mit der Begründung, im Rat käme das sowieso nicht durch, lehnte der Ausschuß mit den Stimmen der SPD bei etlichen Enthaltungen den Antrag, wieder einen Zivildienstleistenden einzustellen, ab. Man hätte es doch wenigstens probieren können! (noa)

KAMPF DER GIGANTEN

in Wilhelmshaven: Die Beta-Raffinerie will bekanntlich ein Heizkraftwerk bauen - faktisch würde es sich um eine Giftmüll-verbrennungsanlage mit Energierückgewinnung handeln. Sinn würde das natürlich nur machen, wenn Beta den Strom dann auch verkaufen könnte. Die Preußen-Elektra hat schon vor längerem den Kopf geschüttelt - jetzt will sie gar ein Stromkabel von Norwegen hierher legen, um Strom zu importieren. (noa)



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemocht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des gemeinnützigen GEGENWIND-Vereins und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

WARTEN

müssen die städtischen Angestellten in dieser haushaltslosen Zeit manchmal auf ihren Lohn/ihr Gehalt. Der Kämmerer muß z.T. mehrmals pro Woche zur Bezirksregierung fahren, um sich Ausgaben genehmigen zu lassen, und wenn eine bestimmte Summe ausgegeben ist, wird nichts mehr erlaubt, egal, ob Löhne und Gehälter schon ausbezahlt sind oder nicht. Die Frage, ob die dauernde Fahrerei nicht auch ganz schön ins Geld geht, verknäueln wir uns. (noa)

TROCKENE WELLEN

in der Grenzstraße - 40000 DM soll der Abriß kosten. Weil auf dem nicht funktionstüchtigen Brunnen Kinder spielen, sollen an seiner Stelle Spielgeräte aufgestellt werden. Fragt sich nur, ob die Kinder dann immer noch gerne dort spielen. Unser Vorschlag: 40000 DM sparen und den versiegten Brunnen lassen, wie er ist. Die Kinder werden dankbar sein! (noa)

Öko ist "in"

Umweltschutz braucht kein Trendbarometer. Sondern Ihre Unterstützung. Informationen dazu gibt's bei: Greenpeace e.V., Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11. Gemeinsam schaffen wir mehr.

GREENPEACE

KEINE PERSPEKTIVE

haben Jugendliche in Wilhelmshaven, die sinnvolle Freizeitangebote beanspruchen und selbstbestimmt nutzen wollen. Neben der Wilhelmshavener Musikinitiative (siehe Artikel in dieser Ausgabe) sind nun auch die Jugendfreizeitstätten "Point" und das "Spritzenhaus" in Fedderwarden mangels finanzieller Unterstützung durch die Stadt von der Schließung bedroht. Die Stadt ist konkurs. Doch solange trotz alledem teuer bezahlter Gehirnschmalz und Bares in Luftschlösser wie "EXPO", Legolandhaus oder Bahnhofszentrum investiert werden, gibt es nicht die kleinste Entschuldigung dafür, Kindern und Jugendlichen - der einzig wahren Zukunft dieser Stadt - die letzte Luft zum Atmen abzuschnüren. (iz)

ZU UNSEREM TITELBILD

Lautstark machten Wilhelmshavener Musikerinnen und Musiker schon im Frühjahr vor zwei Jahren vor dem Rathaus auf ihre Notlage aufmerksam - vergebens? Lesen Sie unseren Bericht auf der Seite 15. Foto: Frank Tunnat.

EIN ZELTLAGER

veranstaltet die Interessengemeinschaft Nordsee/WHV für Schwule, Lesben und Angehörige vom 11. bis 13. August in Wilhelmshaven. In dem Unkostenbeitrag von DM 36,- sind Workshops, eine Grillfete sowie eine Pink-Party, die am 12. August in der Galerie Perspektive stattfindet, enthalten. Anmeldeschluß für das Zeltlager ist der 21. Juli. Anmeldeformulare und Informationen können über *Dieter Theuerkauf, Karlstr. 3, 26384 Wilhelmshaven* angefordert werden. (ts)

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem GEGENWIND - Förderkreis bei:
Name, Vorname:
Geburtsdatum:
Straße:
Wohnort:
Telefon:

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Monatsbeitrag von DM (mind. 5,- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto Nr.: Geldinstitut: Bankleitzahl: zugunsten des GEGENWIND-Kontos Nr. 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63, abgebucht wird. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen.
[] Ich möchte den GEGENWIND regelmäßig zugestellt bekommen.
....., den
Ort Datum Unterschrift*
* bei Minderjährigen Einverständnis eines/einer Erziehungsberechtigten erforderlich.

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck

Erscheinungsweise: mind. 8mal/Jahr

Auflage: 5.000 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,

Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 27. Juni 1995

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:

Mitte August 1995

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

NOTFALLS GEMEINSAM AUFSTEHEN

GEGENWIND-GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DER WILHELMSHAVENER SPD UND RATSHERRN NORBERT SCHMIDT

(ef/noa) Ganze sieben Minuten hatte Norbert Schmidt, um für die SPD im Rat der Stadt die Haushaltsrede zu halten. Nun ist das etwas wenig Zeit, um zu erklären, daß und warum Wilhelmshaven **keinen** Haushalt hat. Wir haben deshalb nachgefragt, was Schmidt im Rat nicht gesagt hat.

GEGENWIND: Norbert, in der letzten Ratsitzung hast du für die SPD-Ratsfraktion die Rede zum Haushalt 1995 gehalten. Aber es gibt doch keinen Haushalt 1995. Wie geht es nun weiter?

Schmidt: Richtig, wir haben in diesem Jahr keinen genehmigungsfähigen Haushalt. Das bedeutet, daß jetzt nach § 88 der Niedersächsischen Gemeindeordnung zu verfahren ist. Das heißt, daß dadurch der Rat in allen Finanzfragen machtlos ist.

GEGENWIND: Das kann doch nicht zum Dauerzustand werden. Wie will man verfahren, um für 1996 wieder einen Haushalt genehmigt zu bekommen?

Schmidt: Wir müssen 23 Mio DM einsparen. Die von der Verwaltung aufgestellten sogenannten Prüfaufträge zum Zweck gewaltiger Einsparungen können wir als Sozialdemokraten nicht komplett mittragen. Das will die CDU. Wir Sozialdemokraten aber wollen nicht, daß wichtige Strukturen in unserer Stadt zerschlagen werden.

Wenn wir Schwimmbäder schließen oder das Theater, die Kunsthalle oder das Pumpwerk, dann nimmt die Lebensqualität unserer Stadt erheblichen Schaden. Das wäre nicht im Sinne unserer Bürger.

GEGENWIND: Die SPD hat seit langem die Mehrheit im Rat der Stadt. Die Bürger sagen jetzt den alten Spruch daher, daß Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können. Was kannst du dagegenhalten?

Schmidt: Daß wir das wohl können, könnte ich an vielen Beispielen belegen. Doch das bringt uns hier nicht weiter. Auf keinen Fall sind kommunale finanzpolitische Fehlentscheidungen die Ursache für die augenblickliche Situation. Die Stadt mit ihrer Monostruktur wird, wenn sich nichts Entscheidendes ändert, immer auf Hilfe von außen angewiesen sein (siehe Kasten). Wir brauchen Finanzzuweisungen von Land und Bund. Wer bestellt, soll auch bezahlen! Wir stellen für ganz Deutschland die Ölreserven sicher und können so dieses Areal nicht als Bauland nutzen. Wir haben den größten Marinestützpunkt hier und erhalten dafür keinen Pfennig Gewerbesteuer. Wir haben den einzigen Tiefwasserhafen, stellen die Infrastruktur und nehmen auch die mit dem Hafen verbundenen Gefahren auf uns, ohne dafür vom Bund honoriert zu werden.

GEGENWIND: Wie sieht es bei den Einnahmen aus? Wird es Gebühren-, Abgaben- und Gewerbesteuererhöhungen geben?

Schmidt: Neue Einnahmequellen sind lei-

der nicht in Sicht. In der Besteuerung liegt Wilhelmshaven sowieso schon ganz oben. Von weiteren Erhöhungen darf nur im äußersten Notfall Gebrauch gemacht werden. Es kann doch nicht gerecht sein, daß man den Bürgern einer so finanzschwachen Kommune auch noch die höchsten Leistungen auferlegt. Schädlich wäre es auch, die Gewerbesteuern zu erhöhen. In diese Richtung zu denken, lehne ich von vornherein ab. Unsere Wirtschaft müssen wir fördern und nicht durch Erhöhungen abwürgen.



GEGENWIND: Wo kann man überhaupt noch sparen?

Schmidt: Wir haben ja den Punkt Prüfaufträge schon gestreift. Bei der zweiten Haushaltsklausur haben wir sie genau auf die Sozialverträglichkeit hin durchleuchtet und es uns dabei nicht leicht gemacht. Die CDU wollte ja alle Prüfaufträge - wie von der Verwaltung vorgegeben - übernehmen. Prüfaufträge, das Wort macht es schon deutlich, bedeutet doch, daß die Verwaltung dem Rat Antworten auf Fragen gibt, d.h. Vorschläge macht und nicht Vorschriften erläßt. Bei einigen Vorschlägen wäre es hilfreich gewesen, hätte die Verwaltung unter der Rubrik "Konsequenzen" nicht nur nichtssagende Formulierungen angeführt, sondern die Konsequenzen wirklich durchdacht und genannt.

GEGENWIND: Unsere Bürger monieren, daß die Verwaltung ineffizient arbeite und zudem arg aufgebläht sei. Verwaltungen anderer Städte gleicher Größe kämen mit wesentlich weniger Personal aus und seien

trotzdem - z.B. bei der Bearbeitung von Anträgen - schneller. Du hast schon einmal von der "schlankeren Verwaltung" gesprochen. Was für eine "Abmagerungskur" schwebt dir vor?

Schmidt: Allheilmittel sind weder radikaler Abbau von Personal noch Privatisierung. Untersuchungen der Firman KGST und S-Consult werden uns aufzeigen, wie man die Verwaltung umstrukturieren kann und sie zu einem effizienten, modernen Dienstleistungsunternehmen machen kann. Privatisierungen werden wir nur zustimmen, wenn die Bediensteten sozial abgesichert werden. Schlanker werden muß die Verwaltung, das ist unumstritten.

GEGENWIND: Nun wurde eine Beschäftigungsgesellschaft ins Leben gerufen. Was will man damit erreichen?

Schmidt: Der Gründung dieser "Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsförderung e.V." stimmen wir im Grundsatz

Fortsetzung auf Seite 4.

's war immer, immer a su'

(ef) Wer glaubt, die gegenwärtige finanzielle Misere Wilhelmshavens wäre neu oder einmalig, sei auf die "Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Jadestädte Wilhelmshaven-Rüstringen" aus dem Jahre 1928 verwiesen. Aufgrund der ungünstigen Struktur Wilhelmshavens sind Geldsorgen hier schon immer vorprogrammiert gewesen.

"Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sind auch die Wohlfahrtslasten der Jadestädte in erschreckendem Masse gestiegen... Daraus ergibt sich für Rüstringen eine Steigerung der Wohlfahrtslasten auf das 8-fache der Lasten vor dem Kriege... Angesichts dieser Tatsache können die Jadestädte nur mit ernster Sorge in die Zukunft sehen. Schon heute ist es den Jadestädten nicht möglich, ihre Ausgaben durch ihre Einnahmen zu decken... Eine Erhöhung der laufenden Einnahmen ist aussichtslos... Alle sonstigen indirekten Gemeindesteuern werden in dem zulässigen Höchstmasse erhoben. Auch die Preise für Gas..., Strom... und Wasser vertragen keine Erhöhung mehr. Die Stadt Rüstringen hat alle ihre Steuerquellen... in voller Höhe ausgeschöpft... Diese ungünstige finanzielle Lage der Jadestädte wird aber zur Katastrophe werden, wenn es uns nicht gelingt, wenigstens die heutige Wirtschaftsgrundlage zu erhalten. Leider müssen die Jadestädte angesichts der Verhältnisse befürchten, daß ihnen nicht mal die jetzige Wirtschaftsgrundlage erhalten bleibt."



zu. Der Verein will Sozialhilfeempfänger wieder dem ersten Arbeitsmarkt zuführen. Damit könnten wir die enormen finanziellen Aufwendungen für diesen Personenkreis, die ja von der Stadt gezahlt werden, erheblich reduzieren.

GEGENWIND: Warum muß aber ausgerechnet der ohnehin stark ausgelastete Stadtdirektor, Kämmerer und zudem auch noch Kulturdezernent den Vorsitz dieses Vereins übernehmen? Wir könnten uns auch einen anderen Vorsitzenden vorstellen.

Schmidt: Dazu kann ich nichts sagen.

GEGENWIND: Fassen wir zusammen. Was muß aus deiner Sicht als Ratsherr und SPD-Vorsitzender nun geschehen?

Schmidt: Wir müssen mit aller Kraft auf einen genehmigungsfähigen Haushalt für das nächste Jahr zusteuern. Bei den Prüfaufträgen müssen Sparpotentiale auch zu Spareffekten führen. Land und Bund müssen endlich der besonderen Verantwortung für diese Stadt nachkommen. Auch politisch müssen wir in dieser Situation gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir müssen uns kämpferischer für unsere Stadt einsetzen und dürfen nicht alles schönreden. Und, wenn man uns im Stich läßt, auch einmal gemeinsam aufstehen.

GEGENWIND: Wir danken dir für dieses Gespräch.

ABENTEUER & FREIZEIT



Bekleidung, Zelte,
Rucksäcke, Boote
und Schlafsäcke

unterwegs

Göker-/Ecke Peterstraße
Tel.: 04421/42912

FLÜGELKAMPF UM KAISER

BUNDESPOLITIKER ÄUSSERN SICH ZUM WILHELMDENKMAL

(ft) Den JungsozialistInnen in Wilhelmshaven reichte es nicht ihre Meinung gegen das Wilhelm-Denkmal auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Sie verfaßten zusammen mit dem Juso-Bezirksvorsitzenden eine gemeinsame Erklärung und verschickten diese an PolitikerInnen ihrer eigenen Partei, sowie den Bundespräsidenten a.D. Richard von Weizsäcker. In der SPD zumindestens ist die Meinung über Wilhelm im rechten und linken Lager sehr unterschiedlich.

"Wir wollen keine preußischen, königlich-kaisertreuen Sozialdemokraten, die die Sozialistengesetze vergessen haben. (...) Gerade wir, die Jusos und die älteren Sozialdemokraten sollten diesen Wilhelm-Personenkult vermeiden. Dieser Kult steht keinem echten Demokraten und schon gar nicht einem echten Sozialdemokraten.", heißt es in der Erklärung der Jusos, und sie greifen damit die rechten SPDler ihrer Stadtführung an, die den "Demokraten-Hasser" wieder auf den Sockel gehoben haben. Die Ohnmacht über die Wilhelmshavener Sozialdemokraten war so stark, daß sich die Jusos die Unterstützung der Bonner Genossen holten.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Mitglied des Deutschen Bundestages und dem linken Flügel der SPD zuzuordnen, ließ durch ihren Mitarbeiter verkünden: „Sie (Wieczorek-Zeul. Anm. d. Red.) teilt Eure (Jusos WHV. Anm. d. Red.) Empörung über die Wiedererrichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Eurer Heimatstadt. Alle halbwegs geschichtsbewußten SozialdemokratInnen können über diesen Akt von unverbesserlicher Traditionstrotzelei eigentlich nur den Kopf schütteln. Angesichts der erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Eurer Heimatregion kann man aber auch mit vollem Ernst von einer politischen Provokation sprechen. Wer Jugendlichen bewußt Entwicklungschancen vorenthält, (die Jusos sprachen die hohe (Jugend)-Arbeitslosenquote an. Anm. d. Red.), andererseits aber offenbar vorhandene Ressourcen zur Kultivierung eines falsch verstandenen Geschichts- und Traditionsbewußtseins vergeudet, handelt verantwortungslos und verdient Kritik.“

Rudolf Dreßler, ebenfalls MdB und dem rechten Flügel der SPD zugehörend, verpackt seine Meinung über Wilhelm geschickt, wenn auch feiger. "Denkmale nehmen mitunter seltsame Wege: manche werden durch die Geschichte vom Sockel geholt, andere tauchen trotz der Geschichte wieder aus der Versenkung auf. Wenn ich mir zu diesen Vorgängen durchaus auch meine persönliche Meinung bilde, habe ich gleichwohl nicht die Absicht, in einen Wilhelmshavener Denkmalstreit - schon gar nicht innerhalb der SPD- Partei zu ergreifen. Dies ist ausschließlich Sache der lokalen Politik und der Wilhelmshavener SPD, in die ich mich aus dem fernen Rheinland nicht einzumischen habe."

Der damalige noch amtierende Bundespräsident Richard von Weizsäcker blieb ganz diplomatisch. Er antwortete den Jusos ganz inhaltsstark: Bundespräsident von Weizsäcker hat mich (Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes. Anm. d. Red.) gebeten, Ihnen den Eingang Ihres Fax-Briefes ... zu bestätigen. Ihre Ausführungen sind hier zur Kenntnis genommen worden."



ROCK FISH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Meinstraße 22, Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20 Uhr

DER TOD IST FARBENBLIND !



Kriegsdienstverweigerung - Dein Grundrecht !

KDV - Treff

Dienstags ab 20 Uhr im Tarish
Börsenstraße, Wilhelmshaven

Ozonloch? - Wo?

Informationen gib's bei Greenpeace.
Schreiben Sie uns, wir antworten
postwendend. Greenpeace e.V.,
Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11.
Gemeinsam schaffen wir mehr.

GREENPEACE

ALL'NS CHLOR?

MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE DARF TROTZ EINWENDUNGEN GEBAUT WERDEN

(noa) Eine Genehmigung zu einer weiteren Umweltverschmutzung hat die European Vinyls Corporation EVC (alias ICI) beantragt, und sie wird sie auch bekommen. Eine für EVC lästige Formalität, die das Gesetz vorschreibt, war die Erörterung der Einwendungen am 19. und 20. Juni in der Stadthalle.

Bei einer solchen Erörterung treffen die Antragstellerin (hier die EVC), die Genehmigungsbehörde (hier die Bezirksregierung) und die Einwender zusammen; die Genehmigung ist von den im Erörterungstermin genannten Argumenten jedoch nicht abhängig, sofern die beantragte Anlage den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes entspricht.

Einwände konnten das Vorhaben also nicht zu Fall bringen. Es ist dennoch sinnvoll, sie vorzubringen, denn der Klageweg im Falle einer nachgewiesenen Gesundheits- oder sonstigen Schädigung steht nur den Personen offen, die vor der Errichtung Einwendungen formuliert und eingereicht haben.

„Einrichtung zur thermischen Behandlung von EVC-eigenen Schlämmen aus der Abwasserreinigung und anderen EVC-eigenen

Rest- oder Abfallstoffen“ nennt ICI die Anlage, deren Genehmigung sie erheischt. Zu Deutsch heißt so etwas Giftmüllverbrennungsanlage. Die jährlich anfallenden 2000 t dioxin- und schwermetallbelasteten Abfälle sollen hier durch Verbrennung auf 600 t Giftmüll verringert werden. Kaufmännisch betrachtet sehr lukrativ - spart die EVC dadurch doch die Entsorgungskosten für 1400 t Giftmüll. Gleichzeitig ist die scheinbare Verringerung der Abfälle ein weiterer Grund, die PVC-Produktion weiterzuführen, anstatt zur Herstellung umweltverträglicherer Kunststoffe überzugehen.

Ein Teil der Gifte (Dioxine, Schwermetalle, Salzsäure) werden bei der Verbrennung jedoch über die Schornsteine entweichen und die Luft weiter verseuchen. In ihrem Antrag bezeichnet die EVC den Drehrohrofen als

das nach derzeitigem Kenntnisstand günstigste Verbrennungssystem für die von ihr produzierten Abfälle. Die Erfahrung mit schon in Betrieb befindlichen Drehrohrofen zeigt jedoch, daß die Verbrennung eine Reihe von Problemen aufwirft, von unvollständiger Verbrennung und dadurch Entweichen eines Teils der Schadstoffe bis hin zur Entstehung neuer Gifte.

In seiner Einwendung, die von mehr als 250 Personen unterstützt wird, widerspricht Jochen Martin für die Bürgerinitiative Umweltschutz der Genehmigung u.a. auch deshalb, weil die EVC schon Emissionsgenehmigungen erteilt bekommen hat, die sie zur Zeit noch nicht voll ausnutzt. „Diese Genehmigungen betrachten sowohl die EVC als auch die Genehmigungsbehörde als Verschmutzungsprivileg, wie aus mehreren Anträgen und Genehmigungen von Erhöhungen der VC- und PVC-Produktion - ohne öffentliche Beteiligung - zu schließen ist.“ So hat die EVC jüngst ohne öffentliche Beteiligung eine Produktionserhöhung für PVC beantragt (dann 280000 t pro Jahr gegenüber 115000 t zu Beginn) und dabei auf bereits gewährte, aber noch nicht ausgenutzte Verschmutzungsrechte gepocht!

MIT WENIG GAS ÜBERN DEICH

MOTORRADVERBOT IN DANGAST NICHT DURCHGESETZT

(ft) Im September 1994 beschloß der Verwaltungsausschuß der Stadt Varel, der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu empfehlen, das Nordseebad Dangast ganzjährig für alle Motorräder zu sperren.

Vorausgegangen war ein Antrag des Kur- und Fremdenverkehrsvereins Dangast, in dem die teil- und zeitweise Sperrung des Nordseebads gefordert wurde, mit der Begründung der unzumutbaren Lärmemission (der Gegenwind berichtete).

Das Kurhaus zu Dangast ist gerade an Schönewetterwochenenden ein beliebtes Ausflugsziel von MotorradfahrerInnen. Aber auch Kurgäste, Familien, Jung und Alt besuchen das Kurhaus. Dieses friedliche Miteinander ist wohl einmalig für einen Kurort in der

Republik. Als nun die MotorradfahrerInnen ausgeschlossen werden sollten, bildeten sich Initiativen, die sich gegen diesen diskriminierenden Beschluß wehrten. Es wurden Unterschriften gesammelt und dem Stadtdirektor übergeben, Podiumsdiskussionen mit Vertretern aus Kurverein und Politik geführt und Anträge auf Rücknahme des Beschlusses an die Stadt gestellt. Mit Erfolg. Im Februar dieses Jahres, rechtzeitig zur Zweirad-Saison, gab der Vareler Stadtdirektor Osterloh auf der Sitzung des Straßen- und Verkehrsausschusses bekannt,

Alles im Fluß: Chlor

Was Chlorchemie anrichtet und warum sie gestoppt werden muß. Informationen bei Greenpeace e.V., Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11. Gemeinsam schaffen wir mehr.

GREENPEACE

daß der Beschluß des Verwaltungsausschusses nicht umgesetzt wird. Der Beschluß sei sachlich nicht gerechtfertigt und juristisch nicht durchsetzbar, so Osterloh. Damit wurde erreicht, was die Initiativen wollten.

Nun bittet die Motorradfahrer Initiative Dangast (MID) für die kommende Saison alle MotorradfahrerInnen, rechtzeitig vor dem Dangaster Ortsschild einen Gang hochzuschalten, „um weiteren Versuchen der Diskriminierung von MotorradfahrerInnen vorzubeugen.“ „Motorradfahren verliert nicht an Attraktivität, wenn man vernünftig durch geschlossene Ortschaften fährt. Dies gilt natürlich auch auf dem Weg nach Dangast (Langendamm, Dangastermoor). Bitte auch beim Rausfahren aus den Orten daran denken und nicht schon Kilometer vor dem Ortsausgangsschild den Hahn aufreißen.“ Ein weiterer Rat der MID an alle Biker, damit die Sperrung endgültig kein Thema mehr ist und das Kurhaus als Ausflugsziel und Treffpunkt erhalten bleibt: „Wenn Euch Biker auffallen, die persönliche Freiheit mit lärmender Fahrweise verwechseln, macht Ihnen klar, daß es im wahrsten Sinne des Wortes in unserer Hand liegt (nämlich in der rechten), ob Dangast dicht gemacht wird oder nicht.“



Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefstpreis!

ZEITGEMÄSSE TRADITIONS- PFLEGE

MARINEJUGEND LEHNT GESPRÄCHE MIT ANTIFASCHISTEN AB

(hk) Das Heim der Marinejugend Wilhelmshaven wurde nach dem Präsidenten des Reichskriegsgerichtes, Admiral Bastian, benannt. Seit Jahren hat das auch niemanden gestört - wohl weil kein Mensch wußte, wer sich hinter diesem Namen verbirgt. Das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven hat sich da schlau gemacht.

Auszüge aus einem Informationsblatt des Antifaschistischen Bündnisses:

"Vom Reichskriegsgericht, unter seinem Präsidenten Max Bastian, sind mehr als 1.400 Todesurteile aus den Jahren 1939 bis 1945 aktenkundig. Am 7. November 1940 wurde der Kraftfahrer Johannes Harms aus Wilhelmshaven vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Er entstammte einer Familie von Zeugen Jehovas. Annähernd dreihundert seiner Glaubensbrüder wurden durch das Reichskriegsgericht in den Tod geschickt. Harms wurde am 8. Januar 1941 im Zuchthaus Brandenburg ermordet. Auch unter seinem Urteil steht:

Bestätigungsverfügung:

Ich bestätige das Urteil

Das Urteil ist zu vollstrecken

gez. Bastian

Admiral

Soldaten wurden wegen Fahnenflucht, unerlaubter Entfernung von der Truppe, "Wehrkraftzersetzung" oder sogenannter Kameradschaftsdelikte verurteilt. Aber auch Zivilisten wurden Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz. Eine vom Kriegsgericht Wilhelmshaven als "Volksschädling" zum Tode verurteilte Frau wurde am 9. März 1945 mit dem Fallbeil enthauptet. Die letzte Hinrichtung in Wilhelmshaven fand noch am 3. Mai 1945 statt - 32 Stunden vor Inkrafttreten des Waffenstillstands."

Ab sofort noch mehr
Gesundes für alle im

Tarish

Fleisch aus kontrolliert
ökologischer Landwirt-
schaft, frischer Fisch und
Kaffee, Tee und Kuchen

Das Antifaschistische Bündnis forderte den Vorstand und die Mitglieder der Marinejugend Wilhelmshaven auf, den Namen "Admiral Bastian Heim" zu entfernen.

In einem Brief an die Marinejugend vom 7. Juni 1995 heißt es:

"Wie Ihnen vermutlich bekannt ist, hat sich das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus mit der Militärjustiz beschäftigt. Dabei spielte der Präsident des Reichskriegsgerichtes, Admiral Bastian, eine herausragende Rolle. Daß die Marine-Jugend Wilhelmshaven ihr Heim nach diesem Unterstützer des Faschismus benannt hat, wurde mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen. Wir vermuten, daß dieses aus Unkenntnis seiner Funktion am Reichskriegsgericht geschehen ist.

Um die Frage der Namensgebung und unsere Erkenntnis zu Bastian zu diskutieren, möchten wir gern mit Ihnen ins Gespräch kommen."

Die Antwort der Marinejugend ließ nicht lange auf sich warten. Mit Datum vom 19.06.1995 zeigten die Jungs von der Marine den Antifaschisten, wie sie das Treiben der Nazirichter beurteilen:

"Wir bestätigen den Eingang Ihres Briefes vom 07.06.1995 und bedanken uns für die darin ausgesprochene Einladung.

Nicht erst aus Anlaß Ihres Briefes, sondern bereits seit geraumer Zeit diskutieren wir innerhalb der Marine-Jugend in demokratischer Offenheit über den Themenkreis "Traditionspflege und soldatische Persönlichkeiten aus der Zeit vor 1945".

Naturngemäß ist von dieser Diskussion die Person des Admirals a. D. Max Bastian nicht aufgenommen.

Gerade hier zeigt sich aber, daß wir uns die Beurteilung nicht leicht machen.

Die Meinungsbildung zu Admiral Bastian ist zwar noch nicht abgeschlossen. Wir werden uns aber ganz sicher nicht mit einer bequemen, oberflächlichen Bewertung durch diejenigen begnügen, die das mehr als vierzigjährige Erleben einer freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie zum allein-gültigen Maßstab machen wollen.



Es ist unerlässlich, hierzu auch das Verhalten im zeitgeschichtlichen Zusammenhang zu sehen.

Wir benötigen von Ihnen und den übrigen Mitgliedern des "antifaschistischen Bündnisses Wilhelmshaven" in Sachen zeitgemäßer Traditionspflege keinen Nachhilfeunterricht. Wir werden auch jedem Versuch entgegentreten, durch öffentlichen Druck unsere Entscheidung darüber, ob Admiral Bastian auch zukünftig der Namensgeber unseres Heimes sein wird, zu bestimmen.

Die in Gang gekommene öffentliche Diskussion der Persönlichkeit des Admirals Max Bastian haben wir mit Aufmerksamkeit verfolgt und dabei auch Ihre Position kennengelernt. Wir leisten unseren Beitrag zu dieser Meinungsbildung dann, wenn wir dies aufgrund umfassender Kenntnis des Lebens des Admirals Bastian verantworten können. Ihre Diktion, Admiral Bastian sei ein "Unterstützer des Faschismus" gewesen, aber auch die unseriöse Vermischung von Fakten und einseitigen politischen Wertungen in dem Flugblatt "Schweigen über die Kriegsgerichtsbarkeit" haben unsere Entscheidungen veranlaßt, Ihre Einladung zu dem "Gespräch" nicht anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

J. Klümper"

Ein solcher Brief macht es dem GEGENWIND leicht: Da braucht nichts mehr kommentiert werden, da weiß jeder, woher in der Marinejugend der Wind weht.

NATURATA

Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 38

SO EIN SPIELVERDERBER!

ODER: GEDANKEN EINES WZ-REDAKTEURS BEIM SCHREIBEN EINES KOMMENTARS

Zum Kommentar "Schaden angerichtet" von Jürgen Westerhoff in der WZ vom 20.5.95

(noa) Kaum in Wilhelmshaven angekommen, verläßt Thomas Bockelmann das Theater schon wieder, statt zu warten, bis unsere einzige Tageszeitung auch seine Arbeit vernichtend kritisiert. Das setzt die WZ unter Zugzwang.

Also wirklich! Wir waren ja ehrlich sehr froh, daß Immelmann endlich gegangen ist. Den Dreh, nach jahrelangen Beschimpfungen zu einem zivilisierten Ton in den Theaterkritiken zu finden, hätten wir nicht mehr gekriegt.

Und als dann Bockelmann kam, haben wir uns erst mal erholt, haben die Kugelschreiber entgiftet. Wir waren noch so weit über der Gürtellinie - stimmt doch, oder? Wir waren doch immer lieb zu ihm!

Und da fällt es dem Bockelmann ein, "sich bereits während der Anfangsphase eines neuen Arbeitsvertrages bei erstbesten Gelegenheit am nächstbesten größeren Haus zu bewerben"! Wir sind gekränkt! Es bringt uns aus dem Tritt. Wie kriegen wir jetzt den Dreh von Lob und Streicheleinheiten zum Giftspritzen?

Vielleicht könnte man die Tatsache, daß "in seiner ersten Saison mit 78221 Zuschauern weniger Besucher als in der letzten Immelmann-Spielzeit ins Theater kamen", so rüberbringen, daß die WZ-Leser nicht gleich merken, daß wir es versäumt haben, ihm das beizeiten aufs Butterbrot zu schmieren? Soll ja auch keiner auf die Idee kommen, wir wollten Immelmann jetzt auf einmal loben! Au ja, so machen wir's: Wir halten ihm vor, daß wir ihm das aus Nettigkeit "nicht zum Vorwurf gemacht" haben, und erwähnen "den beachtlichen Sympathie-Kredit, mit dem er hier empfangen worden war."

Könnten wir in diesem Zusammenhang seine Arbeit nicht auch rückwirkend kritisieren? Irgendwie sowas wie: So gut ist er ja gar nicht, wir haben's nur nicht gesagt...? Ja, so klingt das gut: "Seine eigenen Regiearbeiten

waren ordentlich bis gut (drei plus), andere Inszenierungen gerieten nicht sonderlich (vier minus), richtige Highlights fehlten." Intendantenschelte gab es dennoch nicht."

Die richtige Kritik so in der Güte der Immelmann-Niedermache muß ich auch schon anbahnen; jetzt muß ja alles schneller gehen als sonst. Genau, so mach' ich's: "...nachvollziehbar...", daß die Ankündigung des Intendanten, er werde sich in der kommenden Spielzeit trotz der Wahl in Münster uneingeschränkt für die Landesbühne einsetzen, mit großer Skepsis zur Kenntnis genommen wird. Selbstverständlich wird Bockelmann nicht nur mit dem Herzen, sondern auch mit dem Kopf bei seiner neuen Aufgabe sein." Na warte, Bürschen! Einfach zu gehen, bevor wir das beschlossen haben!



GEMEINSAME WAHRHEITSFINDUNG

WILHELMSHAVENER BÜRGER/INNEN ZEIGEN GROSSES INTERESSE AN ANTIFASCHISTISCHER ARBEIT

(iz) Anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges und der faschistischen Gewaltherrschaft hatte das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven statt hehrer Worte und hohler Sektempfänge handfeste Informationsveranstaltungen auf die Beine gestellt.

Unter anderem wurde aus einem Warschauer Archiv ein Film über den Einmarsch der polnischen Armee in Ostfriesland mit Zielpunkt Wilhelmshaven beschafft, übersetzt und der historische Hintergrund aufgearbeitet. Die erste Vorführung mit begleitenden Vorträgen und Diskussion stieß auf so großes Interesse, daß auf vielfachen Wunsch jener, die bis auf die Straße Schlange vorm überfüllten Saal standen, eine zweite Aufführung stattfand. Insgesamt konnten so etwa 200 interessierte BürgerInnen gemeinsam ihre Geschichte aufarbeiten. Vor allem Ältere lieferten wertvolle Hinweise zu historischen Plätzen und Ereignissen jener Tage im Mai 1945.

Als wahre Ignoranten

entpuppten sich die offiziellen VertreterInnen der Stadt Wilhelmshaven: Trotz der für beide Abende ausgesprochenen Einladungen hielten diese es nicht für nötig, auf einer der Veranstaltungen zu erscheinen.

Auch andere Veranstaltungen, wie die Vorträge des Historikers Hans Coppi, Spezialist

für das grausige Kapitel "Reichskriegsgericht", und des Wehrmachtsdeserteurs Graf von Einsiedel, stießen auf reges Interesse an Information und Diskussion. Bündnismitglied Rolf Meier steuerte mit seinem Video "Max Bastian in Wilhelmshaven" lokale Hintergrundinformationen bei. Da konnten Lokal- und Regionalpresse nicht umhin, ungeachtet personenbezogener Vorurteile gegen Bündnismitglieder, um der guten Sache und des nicht zu verleugnenden öffentlichen Interesses Willen, Vorankündigungen und Kritiken der Veranstaltungen des Antifaschistischen Bündnisses angemessenen Platz einzuräumen.

Die Bündnisgegner haben dabei wohl am meisten Federn gelassen. Dem Bündnis selbst jedoch geht es einzig um die Sache, nicht um einen von den Gegnern provozierten Kleinkrieg oder eine "Rehabilitierung". Was zählt, ist ein offensichtlich großes Interesse der BürgerInnen. So ist es zweitrangig, aber trotzdem wünschenswert, daß sich die offiziellen Meinungsmacher dieser Stadt ebenfalls (wieder) dem gemeinsamen antifaschistischen Kampf anschließen.

Ratsmitglieder setzen Zeichen

Offenen Worten sollen Taten folgen. So besuchte das Bündnis die weitgehend unbeachtete letzte Ruhestätte der Opfer der Wehrmachts-Unrechtsprechung auf dem Friedhof Aldenburg und den ehemaligen Schießplatz an der Freiligrathstraße, auf dem sie ermordet wurden. Namen und Schicksale dieser Menschen wurden vor Ort und durch Studium noch vorhandener Dokumente nachrecherchiert. Diese Schicksale sollen nun durch Gedenksteine bzw. -stätten allgegenwärtiger Bestandteil im öffentlichen Bewußtsein dieser Stadt werden. Einem entsprechenden Antrag des Antifaschistischen Bündnisses hat der Kulturausschuß des Rates der Stadt in seiner letzten Sitzung einstimmig zugestimmt.

Metzer Grill
Imbiß-Service

Ebertstraße 154 · Tel. 20 36 36

Anruf genügt – und Ihr Essen kommt heiß verpackt ins Haus!!!

Für die Mindestbestellung von 10,- DM berechnen wir als Zustellgebühr:
Bis 4 km 2,- DM
bei größeren Entfernungen 4,- DM

AB 25,- DM
LIEFERN WIR KOSTENLOS

AB 25,- DM
LIEFERN WIR KOSTENLOS

Fehlt zum Kochen Dir die Zeit
der METZER GRILL ist stets bereit

Ständige Termine

**ADFC (ALLGEMEINER DEUTSCHER FAHR-
RAD-CLUB) KREISVERBAND WILHELMSHA-
VEN:** Treffen j.d. 1. Do im Monat, 20 Uhr, Ruscherei.
Kontakt: 04421-83221.

AMNESTY INTERNATIONAL: Gruppe Schortens
- Kontakt 04461-83891.

**ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WIL-
HELMSHAVEN:** j.d. letzten Mi. i. Monat, 20 Uhr,
Willi-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler Str.
63.

**AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-
VERBRENNUNG:** Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

**ARBEITSKREISSEXUALISTISCHER MACHT-
MISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERA-
TUNG:** c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-
13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache;
Treffen j.d. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerk-
schaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 21641 o. 23290.

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN:
Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-
Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz,
Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

**BERATUNGSSTELLE FÜR JUGENDLICHE
UND JUNGE ERWACHSENE:** Schillerstr. 8, Tel.
12711, Mo.-Fr. 13-15 Uhr und nach Vereinbarung;
"Treffpunkt": Do. 18-21 Uhr; Amazonencafé Mo 16-
19 Uhr.

**BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN
DEUTSCHLAND (BUND):** OG Wilhelmshaven Di
21.6. + Di 16.8. um 20 Uhr im Tarish, WHV. Kontakt:
04421-82352 u. 81307.

**BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDER-
FEINDLICHKEIT (BIGAF):** Tel. 44044

**BUW (BÜRGERINITIATIVE UMWELT-
SCHUTZ WILHELMSHAVEN):** H. Klöpfer,
Weserstr. 33, Tel. 04421-44000

**DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
(DKP):** "Der Samstagstreff" j.d. Sa. 15 Uhr; Polit.
Frühschoppen: j.d. 1. So. im Monat.

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH Treffen u.
Beratung.

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat 15.30
Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Ge-
meindehaus Banter Kirche

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: j.d. 2. + 4.
Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im
Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel. 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": j.d. 3. Sa. ab 17
Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel. 22234, Tag-
und Nachtbereitschaft

FRAUENLISTE: Büro Rheinstr. 168, Tel. 201940;
j.d. 2. Mi. i. M. 20 Uhr Treffpunkt Kommunalpolitik;
Informationen: Tel.: 87236

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN:
j.d. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im PUMPWERK
GRAUEPANTHER: Jd. Montag ab 16 Uhr, Kirchreihe
18a.

GREENPEACE: Kontakt: 23144.

GRÜNE: GRÜNES BÜRO, Ulmenstr. 26, Tel.
37120. Bürozeiten Di. 10-12 Uhr, Mi. 17-18 Uhr.
Kommunal-AG am Montag vor d. Ratssitzung (j.d. 3.
Mi. i. M.) MGv s. Aushang am Büro. Pressemittlg.

Für die ständigen Termine bitten wir die aufgeführten Gruppen gegebenenfalls um Korrekturen.

INFOLADEN: Do. 19-22 Uhr Antifa-Café/j.d. 1.+3.
Do. i.M. Antifa-Plenum; j.d. 2. Do. ab 20 Uhr Kurdistan
Komitee; j.d. Fr. 20.00 Kurdischer Treff; Sa. ab 15 Uhr
Info-Café; j.d. 3.+4. So. ab 16 Uhr Frauennachmittag;
Ausländer- und AsylberberInnenberatung: j.d. Di. +
Do. 16-18 Uhr (Kontakt: 81011 Klöpfer o. 21641
DGB). Treffpunkt Kling Klang.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-21
Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

**INTERNATIONALER MÄDCHENGE-
SPRÄCHSKREIS:** Kontakt 30 59 13

**INTERESSENGEMEINSCHAFT NORDSEE/
WHV FÜR SCHWULE LESBEN + ANGEHÖ-
RIGE:** j.d. Mi ab 20 Uhr Perspektive, Schellingstr. 21/
Freiligrathstr. Beratungstelefon j.d. Fr. 19-20.30 Uhr.
04421-32884.

JUSOS IN WHV: j.d. Do. 20 Uhr, Jugendheim
Kirchreihe. Kontakt: Tel. 203411 o. 44833 (auch Fax).

**LAG ROCK IN NIEDERSACHSEN, REGIO-
NALBÜRO WILHELMSHAVEN:** Musiker- und
VeranstalterInnenberatung, Tel./Fax 04421-42773.

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr
PROBLEMTTELEFON-TELEFONSELSORGE
Tägl. 17-21 Uhr; Tel. 11103

PRO FAMILIA: Ärztliche, soziale und psycholo-
gische Beratungsstunden für Jugendliche und
Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

SCHLÜSSELBLUME E.V.: Beratungs-, Kontakt-
und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an
Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

**SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER
FRAUEN:** j.d. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71.
Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: j.d. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim
Kirchreihe 18a

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1.+ 3. Mo. im Monat
(außer i.d. Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe
18a; Kontakt: Insa Cassens, Am Siel 11, Tel. 61655.

STILLGRUPPE: Di. 15 Uhr, Heike Drenker, Am
Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/7500

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant,
Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TELEFONSELSORGE: 11103 tgl. 17-23 Uhr.

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven,
Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Middels-
fähr, Tel. 04421/701055; j.d. 1.+ 3. So. 17 Uhr im
TARISH

**VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER
UND VÄTER:** Jd. 4. Fr. im Monat um 20.30 Uhr,
Krähenbusch; Kontakt: 04421/202607

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: j.d. 1. Mo.
20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str.
139; Tel. 21149 (Büro) und 19411 (Beratung) Di.+
Do. 19-21 Uhr; Information, Beratung (anonym +
persönlich), Begleitung, Schwulengruppe, JES-Gruppe
Di. ab 19 Uhr; Offener Treff: Do. ab 19 Uhr

WILHELMSHAVENER HILFEN: Annahmestelle
für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegen-
stände, Kleinmöbel Mo.-Do. 10-16 Uhr, Sa. 10-13
Uhr; Vereinstreff: j.d. Do. ab 19 Uhr, Weserstr. 47

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE:
MusikerInnenhaus Banter Deich 8; Tel. 44699, 11 bis
19 Uhr

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22
Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63

Essthetik von



JONATHAN

Naturkostladen
Marktstr. 86
Tel. 04421/13438

„VILLA KUNTERBUNT“

nennt sich eine offene Gruppe junger lesbi-
scher Frauen, die sich jeden Freitag um 20
Uhr in der Freizeitstätte am Krähenbusch in
der Lessingstraße trifft. Die derzeit sechs
Teilnehmerinnen haben sich zusammenge-
funden, um neben gemeinsamen Freizeit-
aktivitäten sich auch in Form eines Ge-
sprächskreises mit Themen wie z. B. "coming
out", "Lesben und Kinder" oder "Partner-
schaft" zu beschäftigen. (ub)

SSZ:  FAHRRÄDER!
26384 Wilhelmshaven
Gökerstr. 93 ☎ 3 10 82
MOUNTAIN BIKES
Trekkingräder
Stadträder

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT

Dem Hass keine Chance

DIE LANDESBÜHNE**SPIELPLAN JULI 1995**

Premiere: URFAUST von Johann Wolfgang Goethe. Aufführung am Rosenhügel im Stadtpark FR, 14.7., 21 Uhr.

Weitere Aufführungen (gleicher Ort, gleiche Zeit): SA, 15., FR, 2., SA, 22., FR, 28., SA, 29.7.

Mit Goethes URFAUST wagt die Landesbühne im Juli 1995 ein erstmaliges Experiment seit ihrer Gründung 1952: Freilichttheater. Der große deutsche Klassiker nicht im Musentempel, sondern auf der grünen Wiese. Passend zu dieser ursprünglichen, kräftigeren und derberen Form des Faust: stark geprägt vom mittelalterlichen Volksbuch und den Faust-Puppenspielen, die Goethe aus seiner Kindheit sehr gut in Erinnerung hatte.

Es ist die Geschichte vom Wahrheitssucher Faust, der aus Neugier und Experimentierfreude einen Pakt mit dem Teufel Mephisto schließt. Die Tragödie beginnt, als Faust sich heftig in Gretchen verliebt; an ihrem Ende liegen Gretchens Bruder und Mutter im Grab, auch ihr uneheliches Kind hat sie umgebracht und sie selbst erwartet, wahnsinnig geworden, ihre Hinrichtung.

Die Inszenierung von Donald Berkenhoff nutzt die Möglichkeiten des open-air-Schauplatzes. So werden Faust und Mephisto, wie in Goethes Regieanweisungen vorgesehen, auch zu Pferde erscheinen. Hexen treiben ihr geheimnisvolles Unwesen, verwandeln den alten Faust in einen jungen, und nicht zuletzt wird opulenter Feuerzäber die Dämmerung erhellen. Neben bekannten und neuen Mitgliedern des Ensembles spielen auch Mitglieder der Alten-theatergruppe "Die Wellenbrecher" und des Niederdeutschen Theaters mit und es wird ein großer Chor zu hören sein, der sich an der Landesbühne unter Leitung von Erich Radke für diese Inszenierung eigens gebildet hat.

**Perspektive**

Unabhängiges Kulturzentrum
Programm Juli 95

BETRIEBSFERIEN!

O-TON

heißt die Zeitung des Radio Jade e. V. Dieser Tage liegt die erste Ausgabe frisch gedruckt vor und informiert über die Geschichte des Senders, medienrechtliche Rahmenbedingungen, Zielsetzungen der Betreiber, Veranstaltungen für RadiomacherInnen und -interessierte (s. Ankündigung) sowie Möglichkeiten zur Förderung und/oder Mitarbeit im Verein. (iz)

2. RADIOWERKSTATT IM HERBST

Der Lokalsender "Radio Jade" soll ein bürgernahes Programm unter Einbeziehung möglichst vieler gesellschaftlich und kulturell engagierter Gruppen bieten. Deshalb bietet Radio Jade - nach der ersten erfolgreichen Veranstaltung im April mit über 20 TeilnehmerInnen - im Herbst eine zweite "Radio-Werkstatt an: einmal im kommenden Semester an der Volkshochschule und eine zusätzliche im Spätherbst.

Ziel der Seminare ist es, die TeilnehmerInnen in die Lage zu versetzen, einfache Hörfunkbeiträge selbst zu erstellen. Dabei stehen journalistische Formen, Arbeitstechniken und Herangehensweisen im Vordergrund. Auch wird es darum gehen, politische Themen der Region aufzuspüren und Ideen für eine Umsetzung im Hörfunk zu erarbeiten.

Die Seminare unter Leitung der Journalisten Rüdiger Schaarschmidt und Michael Diers beginnen mit einer Blockveranstaltung. Anmeldeformulare können unter den Telefonnummern 04421-42215 oder 82099 angefordert werden.

SUSANNES OHRRING

Schmuck & Textilien aus Indien

In

Wilhelmshaven, Gökerstr. 39, Nähe Kortekreuzung
FAX/Tel.: 04421/31880

**Viele neue Ringe
und
tolle Sommermode eingetroffen!**

- Wir stechen jetzt auch Ohrlöcher -

GALERIE M

Ausstellung

"Künstler der Galerie"

8. Juli - 2. August 1995

Thorsten Schütt (Holzbildhauerei), Horst Janssen/ Peter Fetthauer (Grafik), Hilla Jablonsky/ Hermann Buß/ Zygmunt Kedzia, Uwe Appold/ Willy Günther (Gemälde und Gouachen).

Galerie M, WHV, Kanalstr. 43, Eingang Weserstr. gegenüber Einmündung Allerstr., Tel. 04421-454104. Öffnungszeiten: Mi 16-20 Uhr, Fr 17-19 Uhr, Sa und So 15-17 Uhr.

Ein Multitalent

ist der Wilhelmshavener Künstler Thorsten Schütt. "Tosch" ist Musiker, Maler und Holzbildhauer. In seiner Entwicklung suchte und fand er immer wieder die Querverbindungen zwischen den verschiedenen Ausdrucksformen. In der Möbeltischlerei widmete er sich erfolgreich handwerklich perfekten, liebevollen, aber nie kitschigen Intarsienarbeiten. Akribie und Komposition dieser Arbeiten spiegeln sich auch in seiner Malerei wider. An den Percussions von "Mi Ritmo" kam dieses Zusammenspiel von Exaktheit und Lebendigkeit gleichfalls zum Ausdruck. Und als er sich als Instrumentenbauer versuchte, mußten fast zwangsläufig ästhetisch wie musikalisch ansprechende Gitarren in Intarsienarbeit dabei herauskommen. Seine Holzplastiken sind immer Mittel- und Anziehungspunkt in Gemeinschaftsausstellungen. Nichts ist zufällig und nichts willkürlich. In jedem Stück Holz erfüllt Tosch dessen Natur und vollendet letztlich nur, was der Holzfäller unterbrochen hat. Keine Struktur wird vergewaltigt, keine Oberfläche sich selbst entfremdet. Immer wieder reizen die Plastiken, sie anzuschauen und zu streicheln. Und wer es sich leisten kann, will sie zeitlebens streicheln - sie sind es wirklich wert.

Nachdem die Idee eines Gemeinschaftsateliers der Gruppe "Artiv" gescheitert ist, arbeitet Tosch weiter in seinem Atelier in der Weserstraße 47. In einer Gemeinschaftsausstellung mit Hellmut Bellmann und Uwe Niggemeyer zeigt Thorsten Schütt noch bis zum 2.7.95 seine Werke im Künstlerhaus Jan Oeltjen in Jade-Jaderberg (Bahnhofstr. 4, Tel. 04454-8229 o. 651. Mi/Fr bis So, 15 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung). Vom 8. Juli bis 2. August 1995 sind seine Arbeiten in der Galerie M (s. oben) zu sehen. (iz)

Kunsthalle Wilhelmshaven

23. Juni - 6. August 1995

Peter Weidl

Skulpturen

Adalbertstr. 28, 26382 W'haven, Tel. 04421-41448. Di bis So 11-17 Uhr, Do bis 21 Uhr.

"BESSER ALS UNTER EINER BRÜCKE ZU SCHLAFEN ..."

NACHGEFRAGT: ZUR UNTERBRINGUNGSSITUATION IN DER GÖKERSTRASSE 109 SPRACH DER GEGENWIND MIT DER HEIMLEITERIN, FRAU CZECH, UND URSULA ALJETS, VORSITZENDE DES SOZIALAUSSCHUSSES DES RATES DER STADT

(noa/ub) Die Unterbringung von wohnungslosen Menschen beim Ehepaar Czech in der Gökerstraße 109 hat erneut zu heftigen Diskussionen geführt. Auslöser sind diesmal allerdings nicht die räumlichen Zustände, deren Unzulänglichkeit in der Vergangenheit Ärger und Protest hervorgerufen hatten. Ein alkoholabhängiger junger Mann wurde jetzt Anfang dieses Jahres „zwecks Entgiftung“ mehrere Wochen „auf eigenen Wunsch“ (Frau Czech) im ehemaligen Luftschuttkeller der Kaserne eingeschlossen. Die Umstände dieser „Alkoholentzugsmaßnahme“ auf privater Initiative nahmen wir zum Anlaß, das Thema Czech erneut aufzugreifen.

Begonnen hatte alles mit dem Asylunterbringungsproblem der städtischen Behörden. Als die von der Diakonie betriebenen Flüchtlingsunterkünfte nicht mehr genügend Platz boten für die der Stadt Wilhelmshaven zugewiesenen AsylbewerberInnen, sprang das Ehepaar Czech mit der in ihrem Besitz befindlichen ehemaligen Kaserne in die Bresche und bot Notunterkünfte gegen Bezahlung an (siehe Kasten). Das Asyländerungsgesetz, welches die legale Einreise von AsylbewerberInnen faktisch beendete, zwang auch das Ehepaar Czech, sich umzuorientieren. Die Kaserne der Czechs bot jetzt Platz für Bürgerkriegsflüchtlinge und die steigende Zahl der städtischen Obdachlosen. Dem Ordnungsamt - pflichtgemäß zuständig für die Unterbringung von Wohnungslosen - können Czechs als Partner nur recht sein. Das Platzangebot ist verhältnismäßig groß, die Kosten mit 20,— DM pro Tag vergleichsweise günstig. Vertraglich

gunstgarantien - sich erneut nach neuen Nutzungsmöglichkeiten ihres Gebäudes umsehen. Dies mag mit ein Grund sein, warum Frau Czech nach anderen Tätigkeitsfeldern im sozialen Bereich Ausschau hält (siehe Gegenwindgespräch).

Die Art und Weise, wie Frau Czech einem alkoholabhängigen jungen Mann Unterstützung und Hilfe angeboten hat, beschäftigte jetzt allerdings erneut Behörden und Stadträte. Dem GEGENWIND wurden Fotos übergeben, auf denen der Aufenthaltsort dieses Alkoholabhängigen heimlich dokumentiert wurde. Dazu wurden uns anonym Informationen von verschiedenen Personen übermittelt, die ein wahres Horr Szenario

skizzierten. Eingeschlossen in einem gefängnisartigen Raum ohne Tageslicht soll dort ein junger Mann über mehrere Wochen zumindest zeitweilig gegen seinen Willen zwecks Alkoholentzug verbracht haben. Der ca. 15 qm große Raum wurde lediglich durch ein etwa faustgroßes Loch in der Wand



belüftet. Die sanitären Anlagen beschränkten sich auf ein Campingklo, eine Wasch- oder Duschgelegenheit war im Raum selbst nicht vorhanden. Der GEGENWIND hat diese Fotos umgehend dem Rats Herrn der Grünen/Bündnis 90 Andreas Koût zu Verfügung gestellt und ihn gebeten, diese Umstände den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses mitzuteilen.

Sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialausschuß der Stadt wurde das Thema Czech unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt. Unsere Informanten waren - zum Teil aus, wie wir meinen, einseharen Gründen - nicht zu einem offenen Gespräch bereit. Zu einem GEGENWIND-Gespräch bereit waren jedoch Frau Czech selbst und die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Ursula Aljets. Beide Gespräche geben wir - aus Platzgründen erheblich gekürzt - nachstehend wieder.

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe

Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Berggarten - Live Music & Kinderspielplatz
WWW, An der Deichbrücke. Tel. 04421-43660

ungebunden kann die Stadt wohnungslose Menschen an Czech zuweisen. Verbessert sich die Wohnungssituation in Wilhelmshaven oder bieten sich andere Alternativen an, muß das Ehepaar Czech - da ohne Bele-

Vor gut zwei Jahren berichteten wir über die Unterbringung von Asylsuchenden in den Räumen der ehemaligen Tischlerei Czech und Funke in der Gökerstraße 109 (vgl. GEGENWIND 112): 45 Personen in vier Räumen, für sie alle zwei Duschen und drei Waschbecken, wochenlang nur kaltes Wasser, die Heizung zeitweilig außer Betrieb, Betten ohne Bettwäsche, ein einziger Kühlschrank für alle, Wolldecken statt Türen. Keine Waschmaschine - Frau Czech wusch gegen Geld für die BewohnerInnen, und für Geschirr und Besteck mußten die AsylbewerberInnen „Kautiön“ zahlen.

Die Gesetzesänderung von 1993 reduzierte den Zustrom von Asylsuchenden drastisch. Das „Asylbewerberheim im Werden“, wie die Czechs damals ihr Haus nannten, mußte nun anders genutzt werden. Zunächst Bürgerkriegsflüchtlinge, dann auch Wohnungslose wurden seither hier untergebracht.

winkler TV

TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 • Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 □ rund ums Haus

HELFERSYNDROM

GEGENWIND-GESPRÄCH MIT RATSFRAU ALJETS

GEGENWIND: Frau Aljets, das Ordnungsamt der Stadt Wilhelmshaven bringt mittlerweile seit einigen Jahren bei Czech in der Gökerstr. 109 unter.

Aljets: Wir hatten Ende 92/ Anfang 93 das Unterbringungsproblem für Asylbewerber. Bei Czech wurden die Asylbewerber/innen untergebracht, die nicht mehr in den beiden Flüchtlingsheimen unterkommen konnten. Das war die Zeit, als wir hier nicht nur die Asylbewerber/innen, die wir durch die ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber/innen - Anm. d. Red.) zugewiesen bekamen, unterbringen mußten. Wir hatten zudem das Problem, daß Asylbewerber/innen mit einem Busunternehmen kamen, die Leute wurden am Rathausplatz ausgeladen, und die Stadt hatte das Unterbringungsproblem. Wir waren damals alle froh, wenn wir es gerade auch am Wochenende immer geschafft hatten, daß niemand auf der Straße bleiben mußte.

GEGENWIND: Mittlerweile sind bei Czech in etwa im gleichen Verhältnis Bürgerkriegsflüchtlinge und städtische Wohnungslose untergebracht. Ist Ihnen bekannt, daß von Seiten der Stadt über alternative Unterbringungsmöglichkeiten nachgedacht wird? Also zum Beispiel in der Form, daß Übergangswohnungen geschaffen werden oder, daß Obdachlose dezentral untergebracht werden sollen?

Aljets: Ich denke, wir müssen die beiden Probleme voneinander trennen. Das Problem der Bürgerkriegsflüchtlinge ist das Problem aller Städte. Das ist eigentlich ein bundespolitisches Problem. Die Städte bekommen keine finanziellen Mittel zur Unterbringung dieser Menschen. Die Bürgerkriegsflüchtlinge werden wir nicht anders untergebracht bekommen. Wir können es uns als Stadt Wilhelmshaven angesichts unserer Haushaltsmisere nicht leisten, diesen Leuten zu erlauben, sich eine eigene Wohnung zu nehmen. Wir dürfen angesichts der Haushaltssituation gar keine freiwilligen Leistungen gewähren. Das andere Problem ist das Problem der Wohnungslosen. Über die Unterbringung von Wohnungslosen bei Czech wurde der Sozialausschuß erst spät informiert.

GEGENWIND: Wie kam es zur Unterbringung der Obdachlosen bei Czech? Ist die Stadt an Czech herangetreten?

Aljets: Ich kann nicht sagen, wie das gelaufen ist. Irgendwie haben sich die Beamten vom Ordnungsamt und das Ehepaar Czech über das Problem der Asylunterbringung kennengelernt. Czechs hatten ja schon immer den Wunsch, eine weitere Etage umzubauen. Plötzlich fehlte ihnen dann das Asylstandbein. Ich sehe die Unterbringung der Wilhelmshavener Obdachlosen in der Gökerstr. 109 nicht als Dauerlösung. Wir haben

dieses Problem in der letzten Sozialausschuß- und Gesundheitsausschußsitzung behandelt. Frau Dr. Lienau vom Gesundheitsamt hatte ja zuvor die Beendigung einer Sucht"beratung" bei Czech veranlaßt. Es muß geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, depravierte (Depravation = Persönlichkeitsverfall, von lat. depravare = verderben - Anm. d. Red.) Alkoholiker unterzubringen. Denn es handelt es sich bei den Unterbringungen wohl weitestgehend um Menschen mit Alkoholproblemen. Bis vor zwei Jahren gab es kaum städtische Wohnungslose. Die Zahl der städtischen Wohnungslosen hat aber zugenommen. Wir haben uns damit im Sozialausschuß bereits im letzten Jahr beschäftigt, zu der Zeit, als Dr. Milger noch Sozialdezernent war. Der hat das immer ein bißchen geschoben. Jetzt wird das Problem geschoben, weil wir keinen Haushalt haben.

GEGENWIND: Die Betreuung von sogenannten depravierten Alkoholikern ist eine freiwillige Leistung der Kommune, die im Moment nicht möglich ist?

Aljets: Ja, das ist eine freiwillige Leistung. Die Anlaufstelle für Durchwanderer ist eine Pflichtaufgabe, und darum hat die Stadt dafür auch einen Vertrag mit der Diakonie. Mit der Diakonie ist zum Beispiel vereinbart, daß dort die Sozialhilfe ausgezahlt wird. Die Unterbringung von städtischen Obdachlosen ist eine ordnungspolitische Aufgabe. Das ist auch eine Pflichtaufgabe der Stadt. Aber ein zusätzliches Betreuungsangebot für diese Menschen wäre eine freiwillige Leistung. Die Stadt muß Wohnungslose lediglich ordnungspolitisch unterbringen. Wie sie das macht, ist ihr überlassen. Es ist ja in vielen Städten so, daß die Unterbringungen nicht sehr wohnlich sind.

GEGENWIND: Die Unterbringung bei Czech ist in der Vergangenheit auch von Seiten der Rats- und Ausschußmitglieder aufgrund der Zustände, die dort herrschten, kritisiert worden. Sind den zuständigen Ausschüssen die aktuellen Zustände bekannt?

ÄGÄIS

Restaurant und Café



Türkische und Griechische Spezialitäten

Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447

Aljets: Wir waren Ende letzten Jahres zuletzt in der Gökerstraße 109 und hatten den Eindruck, daß unseren Auflagen, die wir gemacht hatten, in einigen Bereichen nachgekommen wurde.

GEGENWIND: Was waren das für Auflagen?

Aljets: Wir hatten Czechs gesagt, daß einiges geändert werden muß. Wir haben z. B. gesagt, daß die beiden Gruppen (Bürgerkriegsflüchtlinge und Wohnungslose) getrennt untergebracht werden müssen. Die sind jetzt auf getrennten Etagen untergebracht. Es ging uns auch darum, daß verschiedengeschlechtliche Leute, die nicht miteinander verwandt sind, nicht in einem Zimmer untergebracht werden. Es gab zuerst keine Türen, sondern nur Vorhänge aus Woldecken zwischen den Zimmern. Wir hatten gesagt, daß ein persönlicher Bereich gewährleistet sein muß.

GEGENWIND: Wie würden Sie jetzt die Unterbringungssituation einschätzen?

Aljets: Es hat sich ein bißchen was verändert. Man kann den Zustand mittlerweile als erträglich und menschenwürdig bezeichnen. Es ist allemal besser, bei Czech unterzukommen, als unter der Brücke zu schlafen.

GEGENWIND: Die Unterbringung bei Czech ist jetzt aktuell wieder in die Diskussion geraten, weil dort im ehemaligen Luftschutzkeller des Gebäudes bei einem Alkoholabhängigen ein sogenannter "kalter Entzug" stattgefunden hat. Ist dieses den städtischen Behörden bekannt gewesen?

Aljets: Es war den Behörden bekannt geworden und sie haben entsprechend gehandelt. D. h., Frau Dr. Lienau vom Gesundheitsamt war dort und hat das abgestellt. Es ist bekannt geworden, nur es scheint mehr dahinter zu stecken als zunächst bekannt war. Frau Czech hatte diesen Mann wohl zunächst privat aufgenommen. Frau Czech hat ein Helfersyndrom. Sie hat mich im November letzten Jahres im Gemeindehaus der Banter Kirche angesprochen und hat mir ihr Drogenkonzept erläutert.

GEGENWIND: Es gab also seinerzeit von Frau Czech die Absicht, Hilfe im Drogenbereich quasi institutionalisiert anzubieten?

Aljets: Ich habe ihr gesagt: Frau Czech, Sie brauchen sich da gar keine Hoffnung zu machen. Für mich läuft so etwas nur mit einem anerkannten Wohlfahrtsverband, der entsprechend ausgebildete Mitarbeiter hat.

GEGENWIND: Zu dem Zeitpunkt, als Frau Czech Sie mit ihrem Konzept ansprach, war der alkoholabhängige Wohnungslose, von dem jetzt die Rede ist, noch nicht in der Gökerstraße untergebracht?

Aljets: Nein. Für mich scheint es im nachhinein so zu sein, als wenn die Unterbringung dieses Alkoholabhängigen als Testlauf betrachtet wurde.

Fortsetzung nächste Seite

GEGENWIND: Geht es der Frau Czech vornehmlich darum, irgendeine soziale Maßnahme anzubieten, die von der Stadt finanziell gefördert wird?

Aljets: Das ist nur eine Seite. Ihr "Helfersyndrom" ist sicherlich stark entwickelt. Und zwar in einer Weise, die sicher für den Betroffenen nicht gut ist.

GEGENWIND: Wie ist das zu verstehen?

Aljets: Wenn ich nur den Wunsch habe zu helfen, aber nicht die Fachkenntnisse, dann mache ich manches schlimmer, als es ist.

GEGENWIND: Der betreffende Alkoholabhängige, der bei Czech "untergebracht" war, soll angeblich eine Anzeige gegen Czech gemacht haben.

Aljets: Nein es wurde keine Anzeige erstattet. Das Sozialamt hat bis zur Staatsanwaltschaft in Oldenburg nachgefragt. Das ist das Problem dabei. Dieser junge Mann wird sich vermutlich nie wieder in eine Entzugseinrichtung begeben. Der wird immer diesen Keller im Hinterkopf haben. Man muß sich auch langfristig Gedanken machen, was man mit Leuten machen kann, die sich zu Tode trinken wollen. Wenn jemand selber den Wunsch nicht hat, trocken zu werden, nützt die beste Therapie nichts. Darum muß man, meine ich, auch akzeptieren, wenn sich jemand entscheidet, sich zu Tode zu trinken. Aber das muß auch noch in Menschenwürde passieren können.

GEGENWIND: Was war der Anlaß, daß sich der Gesundheitsausschuß mit Czech beschäftigt hat?

Aljets: Der Anlaß war diese Geschichte. Es kann ja wohl nicht funktionieren, daß jemand neben allen Institutionen privat Suchttherapie betreibt. Es wurde hier ja auch ambulant medikamentös behandelt mit Arzneimitteln, die eigentlich nur stationär gegeben werden dürfen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Strafbarkeit.

GEGENWIND: Frau Aljets, wir danken für das Gespräch.



Indo Chinesische

fernöstasiatische Lebensmittel

Inh. Angelika Thwin

26382 Wilhelmshaven

Börsenstr. 103 (Bordumplatz)

Tel. (04421) 2 50 32

CHRISTLICHE NÄCHSTENLIEBE

GEGENWIND-GESPRÄCH MIT FRAU CZECH

GEGENWIND: Frau Czech, Sie beherbergen hier Bürgerkriegsflüchtlinge und Wohnungslose.

Czech: Das trifft zu. Die Bürgerkriegsflüchtlinge sind in dem umgebauten Wohnbereich untergebracht. Wir haben - Gott sei Dank - die Bank überzeugen können, daß wir Gelder für Ausbaumaßnahmen brauchten. Wir haben einen Bauantrag genehmigt bekommen für die Unterbringung von 135 Personen.

GEGENWIND: Haben Sie einen Vertrag mit der Stadt?

Czech: Nein.

GEGENWIND: Woran liegt das? Wollen Sie einen Vertrag und die Stadt nicht oder umgekehrt?

Czech: Wir wollen einen Vertrag. Es ist nach wie vor ein Schwebezustand - oder ein geparkter Zustand. Es ist gut für die Stadt, wenn Notunterkünfte da sind, aber eine vertragliche Festlegung gibt es nicht.

GEGENWIND: Haben Sie den Eindruck, die Stadt will sich nicht festlegen?

Czech: Kann sich nicht festlegen - aufgrund der Finanzlage.

GEGENWIND: Aber die Unterbringung von Wohnungslosen ist eine ordnungspolitische Notwendigkeit und damit Pflichtaufgabe einer Kommune. Insofern hätte die Stadt schon die Möglichkeit, einen Vertrag abzuschließen.

Czech: Wir sind aufgefordert worden, einen Vertrag zu entwerfen. Seit September 94 ist uns nicht einmal signalisiert worden, ob unser Entwurf auch nur auf Rechtsgültigkeit geprüft wurde.

GEGENWIND: Heißt das, daß das Ordnungsamt von Fall zu Fall entscheidet und wohnungslose Menschen zu Ihnen schickt?

Czech: Ja. Im November 1993 gab es die erste Anfrage, ob wir Obdachlose unterbringen können. Nun, das Haus ist groß genug, und wir konnten. Aber für die erforderlichen Umbauten mußten wir Geld haben, und ein Vertrag hätte uns bei den Banken vieles erleichtert. Erst aufgrund der Einnahmen bekamen wir Geld, sonst hätten wir Bereiche unseres Hauses gar nicht umbauen können.

GEGENWIND: Wie ist momentan die Belegung?

Czech: Im Bereich der Bürgerkriegsflüchtlinge sind nicht alle Plätze belegt, da wir Rücksicht auf Familienzugehörigkeit nehmen. Im anderen Bereich sind 27 Wohnungslose in neun Dreibettzimmern untergebracht. Es gibt Gemeinschaftsküchen und -duschen und z.T. abgeschlossene

Wohneinheiten, so daß wir suchtfreie Obdachlose außerhalb des „nassen“ Bereichs unterbringen können.

GEGENWIND: Gibt es tatsächlich suchtfreie Wohnungslose?

Czech: Wir haben bislang in zwei Fällen Suchtfreiheit geschafft, und wir haben drei Leute dazu bekommen, sich in Therapien zu begeben, die noch nicht abgeschlossen sind, da es sich um Langzeittherapien handelt.

GEGENWIND: „Geschafft“, das klingt, als gäbe es hier außer Unterbringung auch Betreuung.

Czech: Ja. Gefordert ist vom Ordnungsamt lediglich Unterkunft mit Koch-, Wasch- und Duschgelegenheit. Aber wenn ein neuer Bewohner kommt, spreche ich zunächst mit ihm, stelle fest, ob ärztliche Behandlung erforderlich ist, und ich stehe für Gespräche zur Verfügung. Das wird unterschiedlich genutzt - manche sehe ich ganz selten, andere kommen fast täglich in mein Büro. Wenn Leidensdruck da ist, dann rate ich auch dringend zur Therapie. Ich achte auch darauf, wen ich mit wem zusammen unterbringe - bei dreien, die in einem Zimmer wohnen, ist immer einer, der Wert auf Mahlzeiten legt und darauf achtet, daß einer, der sich darum nicht kümmert, regelmäßig ißt.

GEGENWIND: Geld bekommen Sie doch aber nur für die Unterkunft.

Czech: Das ist richtig, aber wo es notwendig ist, helfe ich.

GEGENWIND: Sie sprachen von alkoholkranken und anderweitig süchtigen Menschen - haben Sie Kontakt zur Drogenberatung oder anderen Stellen der Diakonie?

Czech: Es besteht nur ein rein formaler Kontakt zum Tagesaufenthalt der Diakonie. Ich hätte es gut gefunden, mit der Diakonie ein gemeinsames Konzept für die Betreuung Wohnungsloser zu entwickeln, aber das wurde leider abgelehnt.

GEGENWIND: Nun haben Sie ja in letzter Zeit Aufsehen erregt durch eine „Alkoholtherapie“, die Sie hier im Haus - im Keller - zumindest in einem Fall durchgeführt haben. Soweit wir wissen, hat diese Sache sogar den Gesundheits- und den Sozialausschuß beschäftigt.

Czech: Das war keine Therapie. Es handelte sich um einen Entzug. Der junge Mann war zu dem Zeitpunkt nicht therapiefähig und -willig. Hier im Haus ging es nur um den Entzug. Erst nach einem Entzug geht es darum, aufzudecken, warum, durch welche Mechanismen man immer wieder trinkt, und zu lernen, das abzustellen. Ich habe den betreffenden jungen Mann kennengelernt durch die Abstinenzgruppe der Guttempler, die hier im Haus getagt hat...

GEGENWIND: ...Haben Sie hier auch einen Gruppenraum?

Czech: Ja. Im Winter trafen sich da die Guttempler, und einige Zeit war er auch der Treffpunkt einer Gruppe Eßgestörter. Außerdem kommen Kinder und Jugendliche aus der Umgebung zu Rollenspielen hierher.

GEGENWIND: Kann jede und jeder diesen Raum nutzen? Kostet das Miete?

Czech: Die Kinder bezahlen nichts, und den Guttemplern habe ich den Raum auch unentgeltlich zur Verfügung gestellt - es war ja nur für eine Übergangszeit. Ansonsten kostet er Miete.

GEGENWIND: Und der bewußte junge Mann hat also bei den Guttemplern teilgenommen?

Czech: Ja. Und Herr K.* von der Guttempler-Gruppe fragte mich, ob S.* hier im Hause wohnen könne, da es zu Hause nicht mehr gehe. Aber natürlich kann ich mir die Leute nicht aussuchen, die hier untergebracht werden. Einige Zeit später nahm dann S.'s Mutter Kontakt zu mir auf und bat mich um Hilfe, da zu Hause alle es nicht mehr miteinander aushielten, und ich nahm dann S. und seine Verlobte in meine Privatwohnung auf. S. wollte entziehen, da seine Verlobte ihm im Aussicht gestellt hatte, ihn zu heiraten, wenn er trocken würde. Am Anfang ging es S. nur darum, für seine Verlobte zu entziehen. Klar war, daß er 24 Stunden am Tag betreut werden mußte, was von einer Person allein nicht geleistet werden konnte. Deshalb haben wir uns das geteilt.

GEGENWIND: Wie kam es zur Unterbringung im Keller? Soweit wir wissen, handelt es sich um einen fensterlosen Raum, einen ehemaligen Luftschutzbunker.

Czech: Als S.'s Verlöbnis in die Brüche ging und S. in ein Zimmer im Wohnbereich der Obdachlosen sollte, wollte er das nicht. Er wollte einen Schutzraum getrennt von den nassen Alkoholkranken, und den Keller sah er als seinen Schutzraum an. Das war „sein Reich“. Ich brachte ihm eine Schreibmaschine hinunter, Bastelmaterial, auch Kerzen, als er nach Kerzenlicht verlangte.

GEGENWIND: Wir haben gehört, der junge Mann habe einen Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt oder stellen wollen.

Czech: Ich habe das auch gehört, aber bislang ist weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft zu uns gekommen.

GEGENWIND: Auf welcher Grundlage könnte S. denn einen solchen Strafantrag stellen?

Czech: Wir hatten einen Vertrag mit ihm abgeschlossen für diesen Achtwochenzeitraum. Er war auch nüchtern, als er ihn unterschrieben hat. Er wollte entziehen -

zunächst, wie schon erwähnt, für seine Verlobte, aber während der Zeit kam er nach der Lektüre eines Buches, das ihm sein Arzt geliehen hatte, so weit, zu sagen, er entzieht für sich. „S. für S.“ war dann die Devise. Freiheitsberaubung war das nie. Der Keller war offen. Nur ganz am Ende der vertraglich vereinbarten Zeit mußten wir ihn einmal über ein Wochenende einsperren. Da bekam er nur die Mahlzeiten gebracht, konnte sich aber nicht frei bewegen.

GEGENWIND: Warum?

Czech: Wir hatten zu der Zeit einen Pflege Sohn, der, nachdem er immer wieder ausgebücht war, nun dazu übergegangen war, oft und viel krank zu werden. Und er wurde zum Wochenende vor dem 1. Mai schwer krank. Wir brauchten einen HNO-Arzt, und die notdiensttuenden Ärzte konnten uns nicht helfen. An diesem Wochenende waren wir mit dem Pflegesohn so sehr beschäftigt, daß wir uns um S. nicht kümmern konnten, und wenn die Luftschutzbunkertür zufällt, bekommt man sie nicht mehr auf. In dem ganzen Trubel hat auch niemand von uns S. verständlich machen können, warum er jetzt ausnahmsweise eingesperrt sein mußte. Das wäre das einzige, was mir eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung verständlich machen würde.

GEGENWIND: Warum haben Sie sich der Aufgabe eines Entzugs gestellt? Sie haben dafür ja nichts bekommen.



Czech: Mein Bereich ist soziale Arbeit, ist die christliche Nächstenliebe. Wenn ein Signal kommt, daß jemand Hilfe braucht, dann helfe ich, ob ich dafür Geld bekomme oder nicht.

GEGENWIND: Aber Sie müssen ja leben, und Sie müssen Geld verdienen.

Czech: Für die Unterbringung der Bürgerkriegsflüchtlinge und der Wohnungslosen (und früher der Asylbewerber) bekommen wir Geld, das stimmt. Sonst wäre es uns ja auch nicht möglich gewesen, das Haus entsprechend umzubauen. Ich habe Diplom-Pädagogik studiert und wegen eines schweren Unfalles, durch den ich anderthalb Jahre arbeitsunfähig war, den Abschluß nicht gemacht. Daß ich im sozialen Bereich tätig sein will - bezahlt oder ehrenamtlich, war nach dieser schweren Zeit für mich klar. Daß ich meinen Abschluß, den ich ja nun einmal nicht gemacht habe, so bekomme, erwarte ich nicht. Aber ich würde mir wünschen, daß das, was ich kann - was ich schon gemacht habe - anerkannt wird.

GEGENWIND: Was zum Beispiel?

Czech: Ich habe im Studium den Bereich der Verwaltung kennengelernt, habe im Frauenhaus mitgearbeitet, pädagogisch gearbeitet von Vorschuleinrichtungen bis hin zur Erwachsenenbildung, habe parallel dazu psychologisch gearbeitet im Bereich der Kommunikation und der Familientherapie. Und seit 1978, also schon vor meinem Studium, habe ich im Bereich der Integration von Flüchtlingen gearbeitet. Und ich bilde mich laufend weiter. Es wäre schön, wenn das, was ich weiß und kann, anerkannt würde.

GEGENWIND: Sie sprachen von einem Pflegesohn. Haben Sie auch Pflegekinder?

Czech: So darf ich es nicht nennen. Ich sage dann halt „Gastkinder“ dazu, wenn alleinerziehende Mütter oder Väter wegen eines Krankenhausaufenthaltes oder aus sonstigen Gründen ihre Kinder für eine Zeit zu uns bringen.

GEGENWIND: Wie kommen diese Kontakte zustande?

Czech: Das sind zum Beispiel Schulkameraden meiner Söhne oder mittlerweile auch schon deren Bekannte. So etwas spricht sich ja herum. Inzwischen ist unsere Telefonnummer auch schon so etwas wie ein Kinder-Sorgentelefon geworden - wenn ein Kind Ärger zu Hause hat und sich nicht traut, heimzugehen, vermittele ich dann, indem ich mit allen Beteiligten spreche.

GEGENWIND: Auch das ehrenamtlich, nebenbei?

Czech: Ich sagte doch schon, daß Kommunikation einer meiner Schwerpunktbereiche ist.

GEGENWIND: Und die Betreuung von Süchtigen ein weiterer?

Czech: Ja. Ich denke auch, daß Suchtkranke, die wahrscheinlich nicht mehr da rauskommen werden, zumindest ein menschenwürdiges Leben zu beanspruchen haben...

GEGENWIND: ... so daß sie, wenn sie sich totsaufen wollen, das würdig tun können?

Czech: Ja. Ich habe das einmal durchgerechnet. Dafür müßte ich natürlich Personal einstellen, ein Sozialarbeiter, eine hauswirtschaftliche Kraft und ein weiterer Hausmeister wären erforderlich. Ich könnte ein betreutes Wohnen für solche Menschen für einen Tagessatz von etwas über 20 DM zusätzlich zu den 20 DM, die wir für die „normale“ Unterbringung bekommen, anbieten.

GEGENWIND: Was aber bei der gegenwärtigen haushaltslosen Lage Wilhelmshavens nicht möglich ist.

Czech: Nun, die Berechnungen liegen im Schreibtisch.

GEGENWIND: Frau Czech, wir danken Ihnen für das Gespräch.

*Die vollständigen Namen sind der Redaktion bekannt.

Harte Zeiten...

.... sind nicht unbedingt etwas Neues für Wilhelmshaven. Und alles Schönfärben hilft nun nichts mehr: Weitere Kürzungen in allen Bereichen des städtischen Haushaltes werden die nächsten Jahre bestimmen.

Bereits für den Haushalt 1995 (den wir nicht haben) wurde durch den Rat ein sogenannter Eckdatenbeschluß gefaßt. Nur unsere Gruppe hat dagegen gestimmt. Und schon bei der Beschlußfassung war eigentlich allen klar, daß sich diese Vorgaben nicht umsetzen lassen. Trotzdem hat der Rat in seiner Junisitzung für den Haushalt 1996 wieder einen solchen Eckdatenbeschluß gefaßt, der diktiert ist von den Vorstellungen der Kommunalaufsicht (Bezirksregierung).

Wenn diese Eckdaten umgesetzt werden, sind alle Kürzungsbeschlüsse, die nach einer Klausurberatung im April in der Maisitzung des Rates gefaßt wurden, bereits wieder Makulatur. Sie reichen bei weitem nicht aus, das angepeilte Ziel zu erreichen. Der Rat wird also sehr unpopuläre Entscheidungen treffen müssen, um ein Ausgabevolumen von 390 Mio. DM im Verwaltungshaushalt (Rechnungsergebnis 1993!) bei einem maximalen Fehlbedarf von 6,5 Mio. DM zu erreichen.

Wir kommen ganz sicher nicht mehr darum herum, in vielen Bereichen schmerzliche Einschnitte vorzunehmen. Dabei müssen aber für uns zwei Grundregeln beachtet werden:

1. Die Menschen in unserer Stadt, die auf unsere solidarische Hilfe angewiesen sind, müssen sich weiter auf diese Hilfe verlassen können!
2. Wilhelmshaven muß lebens- und überlebensfähig bleiben!

Für uns erscheint es dringend geboten, daß wir uns parteiübergreifend darauf einigen, welche Strukturen und Standards wir für unsere Stadt für unverzichtbar halten. Das kann in den unterschiedlichen Bereichen zu Abbau, aber auch zu Änderungen oder sogar Ausbau führen, wo es sinnvoll und nötig ist. Unsere Position gegenüber der Kommunalaufsicht können wir sicherlich nur dann stärken, wenn wir gemeinsam ihr gegenüber vertreten, was wir unter Anstrengung aller Kräfte an Kürzungen im Haushalt vornehmen können, ohne unsere Stadt in ihrer Lebens- und Überlebensfähigkeit zu beeinträchtigen.

V.i.S.d.P.



Kinder in die Kiste! Das will wohl auch in Wilhelmshaven keiner. Aber von der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sind wir noch weit entfernt. Selbst wenn sich alle bisher beschlossenen Planungen zu den Kindertagesstätten verwirklichen lassen - und im Moment sieht es gar nicht danach aus - fehlen zumindest in den nächsten Jahren ca. 300 Plätze.

Wir haben deshalb vorgeschlagen, als Übergangslösung Tagesgroßpflegestellen einzurichten. Diese Einrichtungen sehen wir nicht als Alternativen zu Kindertagesstätten, sondern lediglich für eine Übergangszeit als eine Möglichkeit an, mit möglichst geringen Investitionen Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen.

Was ist denn nun Tagesgroßpflege? Wir stellen uns vor, daß ca. 8 - 10 Kinder von 3 - 6 Jahren in angemieteten Räumen, die von der Stadt kindgerecht ausgestattet werden, von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater und einer Helferin oder einem Helfer betreut werden.

Natürlich müssen die Betreuungspersonen auf diese Aufgabe vorbereitet werden. Das kann gemeinsam mit vor Ort vorhandenen Einrichtungen wie Ev. Familienbildungsstätte oder BBS III erfolgen. Ein Trägerverein sollte die Organisation dieser Einrichtungen übernehmen und auch eine kontinuierliche fachliche Begleitung sicherstellen. Und es sollen nur sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse abgeschlossen werden.

In der letzten Ratssitzung wurde die Verwaltung aufgefordert, entsprechende Konzepte zu erarbeiten oder Alternativen dazu zu entwickeln.

Natürlich ersetzt das nicht die Schaffung regulärer Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Aber angesichts unserer Haushaltslage sehen wir hierin eine Möglichkeit, qualifizierte Betreuung für eine gerade in den nächsten Jahren besonders große Anzahl von Kindern anzubieten.

AUFERSTANDEN AUS RUINEN

ALLEN UNKENRUFEN ZUM TROTZ: DIE WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE LEBT WEITER

(iz) "Alles zu Ende!?" lautete der Arbeitstitel der Vollversammlung, zu der die Wilhelmshavener Musikinitiative (WIMU) am 12. Juni 1995 eingeladen hatte. Trotz aller Anstrengungen des Vorstandes und der Geschäftsführung war eine Finanzierung insbesondere der beiden Vollzeitangestellten nicht mehr möglich (s. GEGENWIND-Berichte der letzten Jahre). Doch am Ende der vierstündigen Mammutsitzung bestand Einigkeit: jetzt wird erst recht weitergemacht!

Zunächst faßte Andreas Koût die letzten Entwicklungen zusammen. In Absprache zwischen der WIMU, der Stadt und dem Arbeitsamt war mittelfristig eine Umwandlung der beiden ABM-Stellen von Marina Speckmann und Andreas Koût in feste Stellen angestrebt worden. Die Stadt hatte einen jährlichen Zuschuß von 30.000 DM bereits vertraglich zugesichert. Die WIMU verpflichtete sich im Gegenzug, Sponsormittel aufzubringen. Noch zur Jahreswende wurde in einem Gespräch mit Arbeitsamtsdirektor Lienau, Oberbürgermeister Menzel und Kulturdezernent Frank signalisiert, daß nun "alles positiv gelaufen" sei. Im März segnete der Verwaltungsausschuß des Rates der Stadt den 30.000-DM-Zuschuß ab. Doch dann schlug der ABM-Ausschuß des Arbeitsamtes quer: das Aus für die WIMU.

Wozu der ganze Aufwand? In nächtelangen Sitzungen hatten Vorstand und Mitarbeiter auf Forderung der bewilligenden Stellen immer wieder das Finanzierungskonzept überarbeitet. Und mußten sich sittenwidrig anmutende Fragen gefallen lassen wie "wieviele drogengefährdete Jugendliche gehören denn der WIMU an?" Eine Initiative, die dem sozialen Abstieg Jugendlicher präventiv entgegenwirkt, ist also nicht förderungswürdig - wohl nur solche, die leider eingetretene Symptome bekämpfen?

Mit wehenden Fahnen untergehn

dafür plädierte ein zu Recht gefrusteter Musiker. "Ehe die uns tot machen, machen wir es lieber selber." Wohl wahr, die WIMU hat eine ungeahnte Macht. Wenn sie von der Bildfläche verschwindet, werden Südstrandfest und Wochenende an der Jade wieder zu einer Ansammlung von Freß- und Saufbuden degenerieren, und F'groden macht keinen Spaß mehr, sondern nur nach naß. Ein sofortiger Boykott des bevorstehenden WadJ wurde den Veranstaltern und dem Image der Stadt sehr weh tun.

Sich selbst treu bleiben

wollen hingegen Andreas Koût und die Mehrzahl der MusikerInnen. Das heißt: seriös, zuverlässig und professionell arbeiten und Zusagen und Verträge einhalten. Letztlich zeigen sie damit wohl mehr Stärke gegenüber der Stadt. So wurde schließlich die Einigung erzielt, noch ausstehenden Verpflichtungen nachzukommen, aber gleichzeitig mit verschiedenen Aktionen die Verantwortlichen und die Öffentlichkeit auf

das bevorstehende Fiasko aufmerksam zu machen.

Was aber Andreas und Marina anbetrifft, so bleibt der 3. Juli - nach dem WadJ - "deadline". Wie schon mehrmals zwischen verschiedenen Arbeitsverträgen, arbeiten sie nun schon seit Monaten ehrenamtlich, wie eh und je bis zu 12 Stunden täglich bzw. auch bis tief in die Nacht hinein, wenn es sein muß, und müssen von Arbeitslosenhilfe leben, was kaum möglich ist. Beide sind so qualifiziert und kompetent, daß sie andernorts eine neue Beschäftigung finden könnten. Und sie machten keinen Hehl daraus, daß sie nun dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Nach Jahren kann es ihnen niemand wirklich übelnehmen, wenn sie einmal persönliche (Überlebens-)Interessen vor die mehrerer hundert MusikerInnen und Musikfans stellen. Und ob sie zurückkämen, wenn die Stellen im Nachgang doch noch gesichert werden könnten? Eigentlich mit Kußhand. Aber uneigentlich nicht, denn: auch in eine neue Arbeit würden sie sich mit Herzblut hineinstürzen und sich auch dem neuen Arbeitgeber gegenüber als zuverlässig erweisen. Dann gibt es kein Zurück mehr.

Aus auch für das MusikerInnenhaus?

Im Haus am Banter Deich können derzeit 30 Bands Proberäume nutzen. Etliche stehen noch auf der Warteliste - ein zweites Haus ist seit langem fällig. Passende Liegenschaften gibt es theoretisch in Wilhelmshaven immer bzw. erst recht, wenn durch die Marinekonversion in absehbarer Zeit Gebäude frei werden. Doch auch die bestehende Einrichtung existiert nur durch eine private Bürgerschaft, die zwei Vorstandsmitglieder gegenüber dem Bundesvermögensamt als Eigentümer übernommen haben. Wenn Marina und Andreas oder andere feste, verantwortliche Ansprechpartner nicht mehr im Hause sind, werden die beiden Bürgen sich aus gutem Grunde zurückziehen.

Alte Hasen und junger Elan

Unter diesem Vorzeichen standen die Neuwahlen des Vorstandes, die ausgerechnet in dieser bislang schwersten Krise anstanden und Fingerspitzengefühl erforderten. Dankenswerterweise stellte sich Hanni Schumacher weiterhin als 1. Vorsitzender zur Verfügung. So sind bei noch ausstehenden Verhandlungen um die Finanzierung das Wissen und die Erfahrungen mit dem Hick-

hack der vergangenen Jahre weiter verfügbar. Werner Biehl und die anderen Vorstandsmitglieder hingegen machten deutlich, daß sie völlig ausgepowert sind. Ihre Vorstandsposten konnten durch Ulf Störmer, Stefan Berg, Wolfgang Willich und Torsten Schütt mit neuer Energie besetzt werden. Für die bevorstehenden Protestaktionen wurde spontan ein Arbeitskreis gegründet.

Mit Bordmitteln

(aber: volle Kraft voraus!) sollen die Arbeit der WIMU und das Musikerhaus nun gesichert werden. In Anlehnung an den GEGENWIND-Förderkreis, der Arbeit und Bestand dieser Zeitung seit Jahren zu einem erheblichen Teil sichert, wurde spontan ein Förderkreis ins Leben gerufen. Grundidee ist, daß vor allem jene sich diesem Kreis anschließen, die von der Arbeit der WIMU profitieren, sprich Kneipiers und andere Veranstalter. Neben Initiator Werner Biehl



TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics
u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

traten Hanni Schumacher und Wolle Willich sofort dem Förderkreis bei, und auch WZ-Redakteur Felmborg ließ sich als Kulturmäzen nicht lumpen. Profitieren tun aber letztlich (wir) alle, die wir jahrein, jahraus den MusikerInnen und Bands dieser Stadt begegnen und lauschen. Mit einem (auch dem kleinsten) selbstbestimmten Obulus kann jede/r die WIMU unterstützen (s. Anzeige/ Beitrittserklärung auf Seite 16) und damit auch für sich ein kulturelles Angebot sichern, das trotz anderer widriger Umstände das Leben in dieser Stadt noch erträglich macht.

Bis zum bitteren Ende

Trotz Förderkreis und anderer diskutierter Möglichkeiten zur Drittfinanzierung sind die Verhandlungen mit Stadt und Land noch nicht abgeschlossen. Wohl besteht die Gefahr, daß diese nun argumentieren: seht Ihr, es geht ja doch ohne öffentliche Gelder! Nein, es wird nicht gehen, das Haus und die beiden erforderlichen festen Stellen aus Bordmitteln allein abzusichern. Es ist nur ein deutliches - vielleicht das letzte Signal der MusikerInnen und ihrer Fans: Wir wollen unsererseits nicht aufgeben - bis zum bitteren Ende, das niemand will. Noch steht die Zukunft der WIMU auf der Kippe. Wenn jetzt nicht auch die offiziellen Verhandlungs- und Entscheidungsträger ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, ist es das wirklich gewesen.

Liebe Mitbürger/innen,
das Wochenende an der Jade wird seit Jahren von den Gruppen und Bands der

Wilhelmshavener Musikinitiative

entscheidend mitgestaltet.

Keine größere öffentliche Veranstaltung, kein Stadtfest, kein Stadtteil- oder Hafenfest, an dem die Musikinitiative nicht beteiligt ist:

- 260 junge Musikerinnen und Musiker aus Wilhelmshaven und der Region
- 90 verschiedene Formationen
- 60 Bands
- 2 Mitarbeiter

Dies geht nur weiter, wenn das Personal gehalten werden kann.
Dazu brauchen wir verantwortungsbewußte Menschen in dieser Stadt, die mit einem regelmäßigen Förderbeitrag die

Wilhelmshavener Musikinitiative unterstützen.

TRETEN SIE DEM FÖRDERKREIS BEI.

✂

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Förderkreis der Wilhelmshavener Musikinitiative beizutreten.

Ich unterstütze den Förderkreis mit DM monatlich.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Förderkreis der Wilhelmshavener Musikinitiative,

von meinem Konto Nr.

bei der (Name des Kreditinstituts)

Bankleitzahl

monatlich DM einzuziehen.

Name, Vorname Telefon

Adresse

Datum/ Unterschrift

Bitte einsenden an: Werner Biehl, Förderkreis Wilhelmshavener Musikinititive, Bentinckstr. 37, 26389 Wilhelmshaven,
oder Wilhelmshavener Musikinitiative, Banter Deich 8, 26382 Wilhelmshaven